

Beschlussempfehlung

Hannover, den 15.01.2026

Ausschuss für Inneres und Sport

Gemeinsam die Resilienz Niedersachsens stärken

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 19/6284

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Inneres und Sport empfiehlt dem Landtag, den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 19/6284 in folgender Fassung anzunehmen:

Entschließung**Gemeinsam die Resilienz Niedersachsens stärken**

Der Angriff auf die Ukraine hat eindrücklich gezeigt, wie wichtig eine robuste Zivil- und Katastrophenschutzinfrastruktur für die Sicherheit ist. Auch Niedersachsen ist nicht vor den vielfältigen Bedrohungen unserer Zeit gefeit. Unser Bundesland ist bereits heute verschiedenen Gefahren ausgesetzt: Cyberrisiken, Desinformationskampagnen, Spionagevorfälle und andere, teils hybride Bedrohungen gefährden die öffentliche Sicherheit und unsere demokratischen Institutionen.

Niedersachsen hat eine wichtige geostrategische Lage und spielt eine zentrale Rolle in Deutschland und Europa. Mit wichtigen Luft- und Seehäfen sowie der Bedeutung des Landes für die Nord-Süd-Achse ist die Infrastruktur Niedersachsens in Europa von entscheidender Bedeutung. Es ist daher unerlässlich, die Resilienz unseres Landes weiter zu stärken und sowohl für den Regelbetrieb gut gerüstet als auch auf Ausnahmesituationen wie mögliche Krisen- und Katastrophenfälle bestmöglich vorbereitet zu sein.

- I. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass
 1. bereits vor dem Eintreten eines Spannungs- und Verteidigungsfalls Kommunikationskanäle zwischen einem Krisenstab im Bundeskanzleramt und dem Krisenstab der Landesregierung beübt werden,
 2. das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik seine bereits sehr gute Zusammenarbeit mit den Ländern weiter intensiviert und der Bund die dafür gegebenenfalls erforderlichen Grundlagen schafft,
 3. kommunale Wahlbeamten und Wahlbeamte verstärkt auf das Ausbildungsangebot des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe im Bereich des nationalen Krisenmanagements und Inhouse-Schulungen hingewiesen werden,
 4. geprüft wird, wie finanzielle Anreize für eine aktive Mitgliedschaft in einer Zivilschutzorganisation umgesetzt werden können,
 5. Leitlinien und Qualitätsstandards für Spontanhelfende erarbeitet werden,
 6. gemeinsame Standards zum Einsatz von Spontanhelfenden umgesetzt werden,
 7. die Melde- und Lagezentren von Bund und Ländern gestärkt werden,
 8. im Rahmen des Zivilschutzes ein flächendeckendes Sirenen- und Alarmnetz aufgebaut wird und dabei einheitliche Sirenensignale genutzt werden.

II. Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. eine Resilienzstrategie Niedersachsen im Einklang mit der Resilienzstrategie des Bundes und dem Umsetzungsplan 2024 zu erarbeiten und umzusetzen,
2. die niedersächsische Cybersicherheitsstrategie als wesentlichen Baustein der Resilienz Niedersachsens konsequent umzusetzen und kontinuierlich weiterzuentwickeln,
3. die Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik im Bereich der Informations- und Cybersicherheit weiter zu intensivieren und alle dafür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen,
4. redundante Kommunikationsmittel für den Fall eines großflächigen Stromausfalls oder ähnlicher physischer Schädigungen zu etablieren und entsprechende Strukturen im Fernmeldedienst aufzubauen,
5. ein geeignetes Kommunikationsnetzwerk für alle Behörden und unterschiedlichen IT-Dienstleister zu etablieren
6. die notwendigen Güter für die Katastrophen- und Krisenvorsorge in Niedersachsen durch die zentrale Beschaffungsstelle des Landes prioritär zu beschaffen und alle Möglichkeiten eines vereinfachten Vergabeverfahrens sowie eventueller technischer Ausnahmegenehmigungen zu nutzen,
7. zu prüfen, welche Maßnahmen erforderlich sind, um die vorhandenen Kapazitäten des Betreuungsdienstes im Zivil- und Katastrophenschutz flächendeckend und leistungsge recht auszubauen und auf die veränderte Bedrohungslage (wieder) anzupassen,
8. zu prüfen, inwieweit das Land Niedersachsen gemeinsam mit dem Bund, Kommunen sowie Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträgern Versorgungsstrukturen zur Sicherstellung der Lebensmittel- und Wasserversorgung in langanhaltenden Krisen- und Katastrophenlagen stärken kann,
9. zu prüfen, ob das Fortbildungsprogramm von kommunalen Wahlbeamtinnen und -beamten insbesondere im Bereich Krisenmanagement eingeführt werden sollte,
10. zu prüfen, ob auswirkungsorientiert gewarnt werden kann („Impact-Based Warning“),
11. den niedersächsischen sicherheitspolitischen Dialog fortzusetzen und in den daraus resultierenden Dialogrunden das Thema der Resilienz weiter zu fokussieren.

Doris Schröder-Köpf
Vorsitzende